

KOMMUNALE KLIMAINVESTITIONEN UND GLOBALE VERNETZUNG ALS BAUSTEINE ZUR ERREICHUNG DES NACHHALTIGKEITSZIELS 11

Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Die Flüchtlingskrise 2015/2016, die Covid-19-Pandemie und zuletzt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben eindrücklich vor Augen geführt, dass die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht vor Grenzen halt machen. Sie müssen daher genauso wie der Klimawandel, Lebensmittelkrisen und Migrationsbewegungen auch global bewältigt werden. Den Städten und Gemeinden kommt bei der Bewältigung dieser Herausforderungen eine besondere Rolle zu, denn als bürger- und wirtschaftsnächste Ebene sind sie es, die letztlich dafür Sorge tragen, dass die Aufnahme und die Integration von Geflüchteten gelingen, der klimabedingte Transformationsprozess gemeistert, Wohnraum bereitgestellt und eine angemessene Gesundheits- sowie Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur gewährleistet wird. Die Kommunen sind folgerichtig zentrale Akteure der Agenda 2030 und bei der Implementierung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) sowie ihrer 169 Unterziele. Deutsche Kommunen handeln dabei nach dem Motto „Lokal handeln, global wirken!“. Welche besondere Rolle die Kommunen bei der Nachhaltigkeit spielen, zeigt sich auch darin, dass sie nicht nur bei der Umsetzung nahezu aller Nachhaltigkeitsziele von zentraler Bedeutung sind, sondern dass sie mit dem SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ ein eigenständiges Ziel



Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
(Foto © DStGB/Patrick Gawandtko)

haben. Es gilt Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten. Klimaschutz und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel müssen dabei immer mitgedacht werden (siehe auch SDG 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“). Nur auf diesem Weg können Städte und Gemeinden langfristig resilient und lebenswert erhalten bleiben.

Investitionen in Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Das Zeitfenster zur Bekämpfung des Klimawandels hat die Weltgemeinschaft, allen voran die Industriena-

tionen, sehenden Auges und gegen jegliche ökonomische Vernunft nun beinahe verstreichen lassen. Wir befinden uns an der Schwelle zu einer Klimakrise. Eine aktuelle Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klima zeigt, dass seit dem Jahr 2000 allein in Deutschland pro Jahr durchschnittlich Schäden in Höhe von 6,6 Milliarden Euro entstanden sind. Die heißen und trockenen Sommer 2018 und 2019 sowie die verheerenden Sturzfluten und Überschwemmungen im Juli 2021 stechen hierbei mit zahlreichen Todesopfern und insgesamt 80,5 Milliarden Euro Schadenskosten deutlich heraus. Bis Mitte des Jahrhunderts können diese Schäden auf bis

zu 900 Milliarden Euro steigen. Diese Entwicklungen prägen das Leben jedes einzelnen Menschen und ebenso unsere Infrastruktur, die Land- und Forstwirtschaft sowie unsere Umwelt. Kaum eine Kommune ist in den letzten Jahren von Klimafolgeschäden wie Hitze, Dürre und Starkregen verschont geblieben. Diese Peaks werden dabei in Zukunft noch zunehmen. Massive kommunale Investitionen in Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sind daher unausweichlich.

Derzeit noch deutlich höher sind die kommunalen Investitionen auf Seiten des Klimaschutzes, wozu unter anderem die Bereiche energetische Sanierung von Gebäuden, die Installation von Photovoltaikanlagen und die Umstellung der Beleuchtung auf LED zählen. Nach aktuellen Schätzungen geht man infolge kluger Klimaschutzinvestitionen von einem Treibhausgas-Emission-Einsparpotenzial der Städte und Gemeinden in Höhe von rund 101 Millionen Tonnen aus.

Aufgrund der schwierigen Abgrenzbarkeit lassen sich die kommunalen Klimainvestitionen nur schwer beziffern. KfW-Research (Kreditanstalt für Wiederaufbau) hat in einem aktuellen Paper „Kommunale Klimainvestitionen im Spannungsfeld zwischen steigenden Bedarfen und begrenzten Ressourcen“, welches eine Vorabveröffentlichung zum KfW Kommunalpanel 2023 ist, aber den Versuch unternommen, grob die zur Erreichung der Klimaschutzziele bis 2045 jährlich notwendigen kommunalen Investitionen in Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen zu berechnen. Überschlägig wurde der entsprechende klimabedingte kommunale Investitionsbedarf auf 5,8 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.

Allein werden die Städte und Gemeinden diese zusätzlichen Kosten, zumal die kommunale Ebene bereits einen besorgniserregenden Investitionsstau von 166 Milliarden Euro vor sich herschiebt, aber nicht stemmen können. Sinnvoll wäre

“ Städte und Gemeinden verfolgen schließlich schon heute ambitionierte und innovative Ziele sowie Projekte für den Klimaschutz und die Klimaanpassung. ”

daher beispielsweise die Schaffung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung durch eine entsprechende Änderung des Art. 91a GG. Dadurch würde eine langfristige und verlässliche Finanzausstattung durch den Bund sichergestellt werden, die gleichwohl nicht die Länder aus der Verantwortung für eine aufgabenadäquate Finanzausstattung ihrer Kommunen, die auch Spielraum für Investitionen in Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen lässt, entlassen würde.

Vielfach fehlt es den Kommunen auch an der erforderlichen Planungs- und Rechtssicherheit. Ausreichende Handlungskompetenzen für Städte und Gemeinden sind aber wesentlich, um Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort sinnvoll implementieren zu können. Bundesgesetzliche Restriktionen und fehlende gesetzliche Zuständigkeiten sind hierbei ein häufiger Hindernisgrund für kommunale Projekte. Das zeigt sich bei der Entsiegelung von Flächen wie auch bei der Umsetzung eines Mobilitätskonzeptes.

Globale Vernetzung

Weltweit rückt der Klimaschutz immer stärker in das Bewusstsein der Menschen und findet sich auch in Gesetzen und völkerrechtlichen Vereinbarungen wieder. Nationale „Alleingänge“ können zwar wichtige Impulsgeber sein, werden das Weltklima allein aber nicht retten können. Daher müssen die Klimaschutzbemühungen weltweit deutlich beschleunigt werden. Wie geschildert, kommt den Kommunen, auch als Multiplikatoren, dabei eine herausragende Rolle zu.

Städte und Gemeinden verfolgen schließlich schon heute ambitionierte und innovative Ziele sowie Projekte für den Klimaschutz und die Klimaanpassung. Diese Themen werden von kommunaler Seite gemeinsam auf europäischer Ebene und global über ihre Dachverbände sowie über Kommunalpartnerschaften und andere Austauschformate vorangetrieben. Auch bei den Vereinten Nationen haben die Kommunen mittlerweile eine wichtige Stimme.

In Zeiten multipler Krisen und im Jahr der Halbzeitbilanz der Agenda 2030 und ihrer Nachhaltigkeitsziele kommt der UN-Habitat-Versammlung in Nairobi Anfang Juni 2023 besondere Bedeutung zu. Unter dem Thema „Eine nachhaltige urbane Zukunft durch inklusiven und effektiven Multilateralismus: Die Ziele Nachhaltiger Entwicklung in einer Zeit globaler Krisen erreichen“ wird ebenen- und länderübergreifend intensiv und konstruktiv über eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik in einem von Krisen geprägten weltpolitischen Rahmen diskutiert. In diesem Zusammenhang ist positiv hervorzuheben, dass mittlerweile auch die kommunale Ebene explizit eingeladen wurde, offizieller Teil der deutschen Delegation zu sein. Denn nur im Verbund aller staatlichen Ebenen kann es gemeinsam gelingen, die immensen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung im ökonomischen, sozialen sowie ökologischen Dreiklang zu meistern. Hieran gilt es anzuknüpfen. Künftig müssen die Kommunen, auch vor dem Hintergrund ihrer Vorreiterrolle bei der Umsetzung der SDGs, wie selbstverständlich fester Bestandteil nationaler Delegationen bei globalen Konferenzen sein und auch bei Auslandsreisen der Bundesministerinnen und Bundesminister explizit Berücksichtigung finden.

AKTUELLES

Deutsche Länder: Perspektivkonferenz zu Entwicklungszusammenarbeit „Globale Verantwortung in Zeiten multipler Herausforderungen“

Nordrhein-Westfalens Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski, hat vom 24. bis 25. April 2023 zur diesjährigen entwicklungspolitischen Perspektivkonferenz der Deutschen Länder geladen. Expertinnen und Experten aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), aus Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sowie aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft trafen mit den für Entwicklungspolitik zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der 16 Länder zusammen. Unter dem Titel „Globale Verantwortung in Zeiten multipler Herausforderungen“ befassten sie sich insbesondere mit der Frage, welche Folgen andauernde Krisen und Konflikte für die Entwicklungspolitik der Deutschen Länder und zivilgesellschaftliches Engagement haben. Minister Liminski erklärte zu dem Treffen: „Erdbeben in der Türkei und Syrien, Krieg in der Ukraine, Pandemie - angesichts der Vielzahl an Krisen weltweit und direkt vor unserer Haustür wollen wir Länder und Regionen, mit denen wir eng zusammenarbeiten, beim Aufbau stabiler, demokratischer und nachhaltiger Gesellschafts- und

Wirtschaftsstrukturen unterstützen. Für erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit braucht es langfristiges Engagement, fachliche Expertise und organisatorische Erfahrung. Genau das können die Länder beitragen. Die enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Kommunen und unseren Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist unerlässlich. Die vielfältigen Gespräche im Rahmen meines Besuchs in Kiew haben gezeigt: Auch scheinbar noch so kleine Hilfen bedeuten den Menschen vor Ort die Welt und sind ein Baustein für eine gemeinsame Zukunft in Frieden und Freiheit.“

Info: Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen im Geschäftsbereich des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf, Ansprechpartnerin: Anke Lehmann, Tel. 0211 837-1443, [anke.lehmann\[at\]stk.nrw.de](mailto:anke.lehmann[at]stk.nrw.de), www.mbei.nrw

„Plattform Wiederaufbau Ukraine“ geht online

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat eine neue Plattform für den Wiederaufbau in der Ukraine gestartet. Die Plattform soll das bundesweite Engagement für den Wiederaufbau in der Ukraine bündeln und dabei helfen, nicht-staatliche Akteurinnen und Akteure miteinander zu vernetzen. An der Auftaktveranstaltung am 27. März 2023 in Berlin nahmen neben dem ukrainischen Botschafter Oleksii Makeiev, Entwicklungsministerin Svenja Schulze sowie weiteren Vertreterinnen und Vertretern des Ministeriums auch Engagierte aus Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Ländern und Kommunen teil. Die „Plattform Wiederaufbau Ukraine“ (www.ukraine-wiederaufbauen.de) bietet eine erste Anlaufstelle für alle, die sich beim Wiederaufbau einbringen wollen. Gemein-

sam mit deutschen Akteurinnen und Akteuren und ukrainischen Partnern werden Fachkonferenzen, Dialogforen oder Workshops zum Wiederaufbau organisiert. Eine weitere Aufgabe der Plattform ist, über bestehende Angebote und Fördermöglichkeiten der Bundesregierung zu informieren.

Info: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Stresemannstraße 94, 10963 Berlin, Tel. 030 18535-0, [poststelle\[at\]bmz.bund.de](mailto:poststelle[at]bmz.bund.de), www.bmz.de



MATERIALIEN

Farbenfroh Deutsch lernen mit Bildung für nachhaltige Entwicklung

Das UNESCO-zertifizierte Projekt „Sevengardens Bochum“ ist ein Projekt mit Färberpflanzen zur Förderung der Integration und zur Bildung nachhaltiger Entwicklung (BNE) für Menschen jeden Alters - mit und ohne deutsche Sprachkenntnisse. Im Rahmen des Projekts ist nun das Sprachlernheft „Farbenfroh Deutsch lernen mit Sevengardens Bochum - Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) gemeinsam für eine bessere Welt“ entstanden. Das Heft soll Zugewanderte in ihrem Integrations- und Spracherwerbsprozess unterstützen und eignet sich besonders für den Einsatz in Schulen (Klassen 4-10). Sevengardens ist eine global agierende Netzwerkinitiative zu Färbergärten. Die Gewinnung von natürlichen Farbstoffen aus Pflanzen ist der Ausgangspunkt für das niedrigschwellige Partizipationsmodell. Mit dem spielerischen Zugang über die Farben möchte das Projekt Einsichten in ökologische Zusammenhänge, in faire Teamarbeit, die Verantwortung für das eigene Tun sowie das Entstehen und den Schutz von Werten geben. Das Sprachlernheft steht zum kostenfreien Download auf der Website der Stadt Bochum bereit.

Info: Netzwerk Sevengardens Bochum, Bessemerstraße 47, 44777 Bochum, Ansprechpartner: Peter Reichenbach, Tel. 0201 777218, [info\[at\]sevengardens.de](mailto:info[at]sevengardens.de), www.bochum.de/kommunales-Integrationszentrum/dienstleistungen-und-Infos/sevengardens-bochum

ANGEBOTE

Vielfältige Unterstützung für nachhaltige Städte und Gemeinden in Hessen

Das Hessische Umweltministerium unterstützt Kommunen vielfältig auf dem Weg zur nachhaltigen Entwicklung: So fördern neun regionale Netzwerke für Bildung für nachhaltige Entwicklung „BNE-Netzwerke“ den Austausch zwischen BNE-Bildungsakteuren und Kommunen. Die Netzwerke mit mehreren hundert Partnerinnen und Partnern aus u. a. Umweltzentren, Vereinen und Schulen bündeln regionale Bildungsangebote rund um nachhaltige Entwicklung für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Organisationen. Das im Rahmen der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie entwickelte Online-Angebot „Nachhaltigkeitsbaukasten“ bietet Kommunen in den Rubriken Soziales, Wirtschaft, Umwelt sowie Bildung und Kultur eine Vielzahl von Best Practice-Beispielen, Aktivitäten, Materialien sowie Beratungs- und Fördermöglichkeiten auf ihrem Weg zur nachhaltigen Entwicklung. Die „Werkstatt Ernährung“ unterstützt mit einem erlebnis- und handlungsorientierten Bausteinkonzept zur Ernährungsbildung Schulen sowie Städte und Kommunen für Unterricht, AG-Formate oder Aktionstage. Ein weiteres Beispiel ist der Handlungsleitfaden „Hessisch

Bio für die Großküche“, der Schritt für Schritt aufzeigt, wie in der nachhaltigen Gemeinschaftsverpflegung Themen wie Beschaffung, Kalkulation und Speiseplanung wirkungsvoll und praktisch gestaltet werden können.

Weitere Informationen zu den Projekten:

BNE-Netzwerke: <https://www.hessen-nachhaltig.de/regionale-netzwerke-bne-liste.html>

Nachhaltigkeitsbaukasten: <https://www.hessen-nachhaltig.de/nachhaltigkeitsbaukasten-2022.html>

Werkstatt Ernährung: <https://umwelt.hessen.de/ernaehrung/ernaehrungsbildung-in-der-schule/werkstatt-ernaehrung>

Hessisch Bio für die Großküche: www.fibl.org/fileadmin/documents/shop/1223-bio-in-grosskuechen-hessen.pdf

Info: Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Mainzer Straße 80, 65189 Wiesbaden, Ansprechpartnerin: Silvia Fengler, Tel. 0611 815-1110, [silvia.fengler\[at\]umwelt.hessen.de](mailto:silvia.fengler[at]umwelt.hessen.de), www.umwelt.hessen.de

Sachsen kauft fair und nachhaltig ein

Die Kampagne „Sachsen kauft fair“ setzt sich für die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien bei der Beschaffung von Landes- und Kommunalverwaltungen, Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen ebenso wie von öffentlichen Institutionen und staatlichen Unternehmen in Sachsen ein. Neben verschiedenen Aktionen finden im Rahmen der Kampagne Schulungen rund um die Themen Fairer Handel und nachhaltige Beschaffung statt. Wollen Kommunen nachhaltiger werden, müssen sie ihren Einkauf in den Blick nehmen, denn sie beschaffen in großem Maße Produkte, die in Ländern des Globalen Südens angebaut, abgebaut oder gefertigt werden - beispielsweise Lebensmittel, Textilien oder Pflastersteine. Dabei wird oft gegen international geltende Abkommen wie das Verbot von Zwangsarbeit oder Umweltauflagen verstoßen. Durch eine nachhaltige Beschaffung können ausbeuterische Produktionsverhältnisse und Umweltzerstörung vermieden werden. So werden staatliche Stellen auch ihrer Vorbildrolle gegenüber den privaten Konsumentinnen und Konsumenten gerecht.

Info: Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen (ENS) e. V., Kreuzstraße 7, 01067 Dresden, Ansprechpartnerin: Stefanie Licht, Tel. 0170 1152241, [fairkauf\[at\]einewelt-sachsen.de](mailto:fairkauf[at]einewelt-sachsen.de), www.sachsen-kauft-fair.de

AUS WELT, BUND UND LÄNDERN

BUND

Neues Transparenzportal des BMZ

Das neue Transparenzportal des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist Ende März 2023 online gegangen. Es orientiert sich an internationalen Transparenzstandards, darunter International Aid Transparency Initiative sowie Open Government Partnership, und bietet Interessierten Informationen über mehr als 8.000 aktuell vom BMZ finanzierte Projekte in 113 Ländern sowie abgeschlossene Projekte ab dem Jahr 2013. Projekte lassen sich beispielsweise hinsichtlich der Länder, Laufzeiten, Finanzierungsvolumen, beteiligten Organisationen oder des Beitrags zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen filtern. Suchergebnisse können in Karten, Diagrammen und Listen abgebildet sowie in verschiedenen Formaten exportiert werden. Die Darstellung und Erläuterung der Leistungen des BMZ in der Entwicklungszusammenarbeit dient der Information der Öffentlichkeit. Link zum Transparenzportal: www.transparenzportal.bund.de

Info: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Stresemannstraße 94, 10963 Berlin, Tel. 030 18535-0, [poststelle\[at\]bmz.bund.de](mailto:poststelle[at]bmz.bund.de), www.bmz.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Mindchangers-Summit ermöglicht politische Mitsprache und Mitgestaltung

Der Mindchangers-Summit hat im April 2023 im Rahmen der Fair Handeln Messe in Stuttgart stattgefunden. Staatssekretär Rudi Hoogvliet betonte bei der Veranstaltung, dass die Landesregierung junges Engagement zum Schwerpunkt ihrer Entwicklungspolitik gemacht habe. Die von der Europäischen Union geförderte Mindchangers-Kampagne ermöglicht jungen Engagierten einen Raum für politische Mitsprache und Mitgestaltung zu den Themen Klimagerechtigkeit, Diversität und Migration. Die bei der Veranstaltung angewendete Methode des Barcamps diente zum intensiven und kreativen Austausch sowie als Format zum Wissenstransfer, als Vernetzungsmöglichkeit und zur Arbeit an gemeinsamen Herzenthemmen. Darüber hinaus wurden Brücken zwischen jungen Engagierten und bereits etablierten entwicklungspolitischen Netzwerken, zum migrantisch-diasporischen und dem Burundi-Netzwerk sowie zu den Kommunen, Kirchen oder Bundesorganisationen gebaut. In der Gallery of #changeBW stellten baden-württembergische Initiativen ihre Angebote vor. Rückblickend zum ersten Summit 2022 konnten einige Forderungen erfolgreich umgesetzt werden, wie Staatssekretär Rudi Hoogvliet erklärte. Unter anderem sei im Rahmen des Eine Welt-Promotor*innen-Programms eine Stelle für das junge Engagement und Klimagerechtigkeit beim Landesjugendring geschaffen worden.

Info: Staatsministerium Baden-Württemberg, Referat 53 Entwicklungspolitik, Afrika, Projekte Nordirak, Richard-Wagner-Straße 15, 70184 Stuttgart, Ansprechpartnerinnen: Lisa-Sophia Follmer und Daniela Wolz-Krawczyk, Tel. 0711 2153-271, [lisa-sophia.follmer\[at\]stm.bwl.de](mailto:lisa-sophia.follmer[at]stm.bwl.de), [daniela.wolz-krawczyk\[at\]stm.bwl.de](mailto:daniela.wolz-krawczyk[at]stm.bwl.de), www.stm.baden-wuerttemberg.de; Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ), Werastraße 24, 70182 Stuttgart, Ansprechpartnerinnen: Müzeyen Tasdelen und Diana Tejada, Tel. 0711 21029-20, [tasdelen\[at\]sez.de](mailto:tasdelen[at]sez.de), [tejada\[at\]sez.de](mailto:tejada[at]sez.de), www.sez.de

BERLIN

Städtepartnerschaft Berlin – Windhoek wird weiter ausgebaut

Die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Windhoek (Namibia) besteht bereits seit mehr als 20 Jahren und war bislang vor allem geprägt durch gemeinsame Kultur- und Sportprojekte. Durch eine Delegationsreise im Herbst 2022 wurde auch die Zusammenarbeit auf der Verwaltungsebene reaktiviert. So wird derzeit ein gemeinsamer Aktionsplan zu den Themenfeldern Kunst, Kultur und Tourismus, kulturelles Erbe, Sport, Bildung, Energie, Wirtschaft, gemeindebasierte Zusammenarbeit, Informations- und Kommunikationstechnik, urbane Landwirtschaft und öffentliche Sicherheit erarbeitet. Damit werden zahlreiche der 17 Nachhaltigkeitsziele in der Städtepartnerschaft thematisiert und bearbeitet. Die Windhoek Seite hat dabei die Themenfelder definiert, die für sie von besonderem Interesse sind. In manchen Themenfeldern sind Austausch und gemeinsame Aktivitäten einfacher zu realisieren, in anderen ist es schwieriger. So gilt es darauf zu achten, dass es nicht um einseitigen „Knowhow-Transfer“ geht, sondern dass Projekte entwickelt werden, in denen gemeinsame Lernprozesse im Zentrum stehen. Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ist essenziell, um die Städtepartnerschaft breit in der Stadtgesellschaft zu verankern. In mehreren Arbeitsgruppen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Verwaltung sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren werden derzeit Ideen für die Ausgestaltung der Partnerschaft entwickelt. Zudem soll der zivilgesellschaftliche Austausch zwischen Berlin und Windhoek gefördert werden.

Info: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Referat Außenwirtschaft, Europäische Wirtschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit, Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin, Ansprech-

partnerin: Nicola Humpert, Tel. 030 9013-8617, www.berlin.de/sen/wirtschaft/europa-und-internationales/landesstelle-fuer-entwicklungszusammenarbeit

BRANDENBURG

Beteiligungsprozess zur neuen Nachhaltigkeitsstrategie abgeschlossen

Im März 2023 hat der Beteiligungsprozess für die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburgs geendet. 840 Interessierte meldeten sich von Mitte Februar bis Mitte März 2023 online mit Hinweisen, Anregungen und Ideen zu Wort. Bestehende Leitsätze, Themen und Maßnahmen in den fünf Schwerpunktbereichen natürliche Lebensgrundlagen/Umwelt und Natur, Wirtschaft, Arbeit und Innovation, Gesundheit, Pflege und Prävention, Bildung und lebenslanges Lernen sowie soziale Gerechtigkeit, Zusammenhalt und Inklusion konnten kommentiert und ergänzt werden. Zudem wurde darüber abgestimmt, welche Handlungsbereiche die Landesregierung vorrangig behandeln sollte. Hier sprach sich die Mehrheit für eine Stärkung von Aus-, Fort- und Weiterbildungen für nachhaltige Entwicklung aus, dicht gefolgt von dem Wunsch nach stärkerer Finanzierung und Fördermittelvergabe. Die Landesregierung prüft in einem nächsten Schritt alle Hinweise darauf, inwieweit diese bei der Überarbeitung des Strategieentwurfs berücksichtigt werden können. Einbezogen werden auch die schriftlichen Stellungnahmen von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltverbänden, die im Rahmen des landesweiten Beteiligungsprozesses eingegangen sind. Die Weiterentwicklung löst die erste Nachhaltigkeitsstrategie des Landes aus dem Jahr 2014 mit ihrer Fortschreibung aus 2019 ab. Die Ergebnisse der Befragung sind zusammengefasst online einsehbar.

Info: Staatskanzlei des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, Ansprechpartnerin: Leonie Eilers, Tel. 0331 866-1295, leonie.eilers@stjk.brandenburg.de, www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.697007.de

BREMEN

Bremen und Windhoek setzen Projekt zur Verbesserung der kommunalen Abfallwirtschaft um

Gemeinsam mit seiner Partnerstadt Windhoek in Namibia implementiert die Freie Hansestadt Bremen seit 2021 ein von der Europäischen Union gefördertes Projekt zur Verbesserung der dortigen kommunalen Abfallwirtschaft. Das Vorhaben wird bis 2025 durch die Europäische Union im Rahmen des Programmes „Civil Society Organizations and Local Authorities“ mit über 2 Millionen Euro gefördert. Das Ziel des Projekts ist es, in Übereinstimmung mit den Zielen 8, 11 und 12 der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu einer integrierten Stadtentwicklung und zur Verringerung der negativen Umweltauswirkungen durch Verbesserungen in den Bereichen Umweltbildung, Abfalltrennung und Recycling in der Stadt Windhoek beizutragen. Zudem wird die Gründung von Start-ups gefördert, die sich im

Bereich der Kreislaufwirtschaft mit neuen Geschäftsmodellen betätigen wollen. Im Rahmen des Projekts kommen im Juni und Juli 2023 sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung für Abfallmanagement der Stadt Windhoek für Kurzzeitpraktika nach Bremen. Die namibischen Gäste erhalten Einblick in das Bremer Abfallsystem und haben zwei Wochen lang die Gelegenheit, sich mit ihren Bremer Fachkolleginnen und -kollegen auszutauschen. Auf dem Programm stehen u. a. gemeinsame Workshops, Schulungen sowie eine Einführung in die gesetzlichen Grundlagen der Abfallwirtschaft. Abgerundet wird der Aufenthalt durch Besuche in Recycling-Anlagen, der Mülldeponie und eine Schicht mit den städtischen „Müll-Patrouillen“.

Info: Senatskanzlei Bremen, Am Markt 21, 28195 Bremen, Ansprechpartner: Heinrich Terhorst, Tel. 0421 361-86342, heinrich.terhorst@stsk.bremen.de, www.ez.bremen.de

HESSEN

Internetportal gegen Verschwörungstheorien „Der Fabulant“

Die Hessische Landesregierung unterstützt das Internetportal „Der Fabulant“ als wirksames Mittel gegen Verschwörungstheorien. Das Ziel des Portals ist es, Desinformationen, Falschmeldungen und Verschwörungserzählungen entgegenzuwirken und eine sichere Handhabung derselben zu gewährleisten. Das Portal führt die Besucherinnen und Besucher - angelehnt an das Märchen „Alice im Wunderland“ - mithilfe eines weißen Hasen namens Fabulant durch die Inhalte. Dazu zählen Berichte und Einschätzungen zu verschiedenen Verschwörungstheorien, die den Mythen Fakten und Argumente entgegensetzen und diese jeweils spielerisch nach Fantasie, Wahrheitsgehalt und Gefahrenpotenzial bewerten. Außerdem bietet die Seite Hilfsadressen und Tipps für den Umgang mit Verschwörungsmäthen und denen, die an sie glauben. Die Landesregierung fördert das Projekt im Rahmen des „Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Verschwörungserzählungen und Desinformation“ mit einem Gesamtbudget von rund 640.000 Euro. Dieses Präventionsnetzwerk wurde im Mai 2022 zur Bekämpfung von Extremismus in Hessen ins Leben gerufen.

Info: Hessisches Ministerium des Inneren und Sport, Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden, Ansprechpartner: Marcus Gerngroß, Tel. 0611 3531607, pressestelle@jhmdis.hessen.de, www.innen.hessen.de/presse/praeventionsnetzwerk-startet-online-portal-der-fabulant

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Erster „Runder Tisch Entwicklungszusammenarbeit“ unter neuer Federführung

Anfang Mai 2023 hat der „Runde Tisch Entwicklungszusammenarbeit“ erstmals unter Federführung des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten in Schwerin getagt. Entwicklungspolitische Zusammenarbeit stand im Mittelpunkt des Expertinnen- und Expertengesprächs verschiedener Ministerien, Kommunen, Verbände sowie Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft. Auf der Tagesordnung standen Themen wie Klimaschutz, faire Beschaffung, Bekämpfung von Fluchtursachen und Migration. Da verantwortliches Handeln stets auch vor der eigenen Haustüre beginne, sei es wichtig, dass auch die kommunale Ebene mit einbezogen werde, sagte Ministerin Bettina Martin. Ein regelmäßiger Austausch zwischen Akteurinnen und Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit aus Bund und Land sei dabei notwendig, um gemeinsame Ideen und Initiativen anzustoßen. Gerade in den ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns seien bereits zahlreiche Initiativen zur Entwicklungszusammenarbeit tätig. Es gelte, diese Arbeit zu stärken und sie bei der gegenseitigen Vernetzung zu unterstützen. Mit dem Runden Tisch wird eine Festlegung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt, in dem sich Mecklenburg-Vorpommern zum Leitbild einer solidarischen, global gerechten und auch ökologisch verantwortungsbewussten Entwicklungszusammenarbeit bekennt.

Info: Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, Schloßstraße 6-8, 19053 Schwerin, Ansprechpartnerin: Elisabeth Strupp, Tel. 0385 588-18221, [elisabeth.strupp\[at\]wkm.mv-regierung.de](mailto:elisabeth.strupp[at]wkm.mv-regierung.de), www.regierung-mv.de/Landesregierung/wkm/weitere-themen/entwicklungszusammenarbeit

SAARLAND

Faires Saarland – Startschuss für die Bewerbung als erstes Fairtrade Bundesland

Die saarländische Landesregierung hat am 2. Mai 2023 das Vorhaben „Faires Bundesland“ beschlossen. Damit reicht das Saarland im Herbst 2023 als erstes Deutsches Land eine Bewerbung zur Zertifizierung als Fairtrade Bundesland ein. Mit der Zertifizierung soll der Faire Handel im Saarland strukturell verankert werden. Bildungs- und Kulturministerin Christine Streichert-Clivot: „Alles, was wir tagtäglich essen, trinken oder anziehen, kommt irgendwo her und wird von jemandem gemacht. Nicht selten werden dabei Menschenrechte verletzt. Für uns Saarländerinnen und Saarländer ist klar, dass Hungerlöhne, schlechte Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit keinen Platz mehr in unserer Welt haben dürfen. In kaum einem anderen Bundesland gibt es eine derart ausgeprägte Tradition des sozialen Engagements und der Solidarität wie im Saarland. Schon heute leben 74 Prozent der Saarländerinnen und Saarländer in einer ausgezeichneten Fairtrade Town. Der nächste Schritt ist nun, das erste Faire Bundesland zu werden.“ Die Zertifizierung als Faires Bundesland erfolgt über den Verein Fairtrade Deutschland e. V. Bereits heute leben 725.264

Saarländerinnen und Saarländer in einer zertifizierten Fairtrade Town. Aktuell sind Saarbrücken, Saarlouis, Homburg, Merzig, Blieskastel, St. Ingbert, Dillingen, Kirkel, Eppelborn und Losheim offiziell als Fairtrade Towns zertifiziert, Nohfelden ist auf dem Weg dorthin. Auch der Landkreis Saarlouis, der Saarpfalz-Kreis und der Regionalverband Saarbrücken sind Fairtrade Towns. Neben weiteren Kriterien ist vor allem die politische Arbeit zum Fairen Handel ausschlaggebend. Bereits jetzt gibt es im Saarland ein großes zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement in Ländern des Globalen Südens. Das bestehende Engagement soll gestärkt und strukturell ausgebaut werden. Deshalb wird das seit mehr als 20 Jahren bestehende Engagement saarländischer Vereine und Organisationen in der Republik Benin unterstützt.

Info: Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes, Referat B5 Entwicklungszusammenarbeit, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Demokratiepädagogik, Trierer Straße 33, 66111 Saarbrücken, Ansprechpartnerin: Katharina Meßinger, Tel. 0681 501-6654, [entwicklungszusammenarbeit\[at\]bildung.saarland.de](mailto:entwicklungszusammenarbeit[at]bildung.saarland.de), www.saarland.de/mbk/DE/portale/entwicklungszusammenarbeit/home/home_node.html

SACHSEN

Fachregierungserklärung zur sächsischen Entwicklungszusammenarbeit

Am 26. April 2023 hat der Staatsminister und Staatskanzleichef Oliver Schenk in einer Fachregierungserklärung die Bemühungen der Sächsischen Staatsregierung, die Entwicklungszusammenarbeit zu fördern, bestärkt. Seit 2017 unterstütze das Land Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, in den Jahren 2023 und 2024 stünden dafür pro Jahr 929.000 Euro bereit. Insbesondere seien die Bemühungen der Zivilgesellschaft in der Entwicklungszusammenarbeit zu betonen, so Schenk. Er lobte in diesem Zusammenhang beispielhaft das zivilgesellschaftliche Engagement des Vereins arche noVa, der größten auf Entwicklungszusammenarbeit ausgerichteten ostdeutschen Nichtregierungsorganisation. Im Freistaat gebe es eine Vielfalt an Vereinen, Stiftungen und Gemeinden, die Entwicklungszusammenarbeit praktizierten. Dabei fungiere das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen als Mediator zwischen den Vereinen, bündele deren Interessen und übernehme die Kommunikation mit Regierungsakteuren. Für Staatsminister Schenk sei ein gutes Verhältnis zum Nachbarkontinent Afrika unverzichtbar. Insbesondere solle die Zusammenarbeit mit Uganda im Rahmen von Schulpartnerschaften, Kooperationen in der beruflichen Bildung sowie Wirtschaftsprojekten

weiter ausgebaut werden. Zehn sächsische Vereine seien bereits in Uganda aktiv.

Info: Sächsische Staatskanzlei, Archivstraße 1, 01097 Dresden, Tel. 0351 564-0, [info\[at\]sk.sachsen.de](mailto:info[at]sk.sachsen.de), www.medienservice.sachsen.de/medien/news/1065895

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Projekt „Global Nachhaltige Kommune“

Am 27. April 2023 haben sich Projektpartner und Teilnehmende des Projekts „Global Nachhaltige Kommune“ in Elmshorn getroffen, um sich gegenseitig über Fortschritte, Hindernisse und mögliche Lösungswege hin zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der eigenen Kommune auszutauschen. Neben Vorträgen war das Netzwerktreffen von verschiedenen Arbeitseinheiten geprägt, in denen sich mit unterschiedlichen Fragestellungen kritisch auseinandergesetzt wurde. Nicht zuletzt diente das Netzwerktreffen auch dem informellen Austausch der Akteure, um die Vernetzung innerhalb Schleswig-Holsteins zu stärken. Das Projekt „Global Nachhaltige Kommune“ Schleswig-Holstein besteht bereits seit 2017 und dient der gezielten Bekanntmachung, der Umsetzung und dem Monitoring der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene in Schleswig-Holstein. Das Projekt wird von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global in Kooperation mit dem Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein und in Zusammenarbeit mit dem Städteverband Schleswig-Holstein, dem Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag, dem Schleswig-Holsteinischen Landkreistag sowie dem Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e. V. umgesetzt.

Info: Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein, Mercatorstraße 3, 24106 Kiel,

Ansprechpartner: Dennis Scheffler, Tel. 0431 988-7326, [dennis.scheffler\[at\]mekun.landsh.de](mailto:dennis.scheffler[at]mekun.landsh.de), <https://skew.engagement-global.de/global-nachhaltige-kommune-in-schleswig-holstein.html>

IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

World University Service (WUS)
Deutsches Komitee e. V.
Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611 9446170, Fax 0611 446489
[infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de), www.wusgermany.de

REDAKTION

Dr. Kambiz Ghawami (V. i. S. d. P.), Carlos dos Santos, Anne-Sophie Tramer, Heike Jäger, Lorena Siani

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION

Haike Boller (verantwortlich),
ansicht Kommunikationsagentur, www.ansicht.com

ABONNEMENT

Der Rundbrief erscheint 4 x pro Jahr. Er ist kostenfrei. Bestellung per E-Mail an [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de) oder Tel. 0611 9446170.

NACHDRUCK

unter Quellenangabe erwünscht. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare sind erwünscht. ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel, Bezug frei.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuschussgeber des WUS wieder.

Jahresthema 2023: Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen

Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd stellt mit ihrem Jahresthema 2023 „Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen“ Projekte der Deutschen Länder, des Bundes und der Zivilgesellschaft vor, die sich dem Thema Geschlechtergerechtigkeit widmen. Wir freuen uns über die Zusendung von Ankündigungen, Berichten und weiteren Meldungen unter [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de).

www.informationsstelle-nord-sued.de

EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Weiterbildungen für Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit.

www.eine-welt-veranstaltungskalender.de